

Irritationen der Zivilgesellschaft. Protest, Entfremdung, Gewalt

Prof. Dr. Paul Nolte

Zusammenfassung des Vortrags am 1. Mai 2015 auf der 12. Synode der EKD, 1. Tagung vom 30.04. bis 03.05.2015 in Würzburg in Thesen:

1.

In Protestbewegungen wie „Pegida“ begegnet uns eine irritierende Form von bürgerlichem Aktivismus. Partizipation und Demonstrationskultur verbinden sich mit populistischen Motiven und fremdenfeindlichen Ressentiments. Protest zielt nicht auf Erneuerung und Erweiterung der Demokratie, sondern nährt sich aus einer Entfremdung von ihr. In der Angst vor dem Islam wird das Christentum zur Legitimation für die Abwehr einer offenen Gesellschaft. Entfremdung und Protest können in Gewalt umschlagen. „Pegida“ mag sich als flüchtig erweisen, stellt aber gewohnte Sichtweisen auf zivilgesellschaftliche Demokratie in Frage und fordert evangelische Christen zur Positionsbestimmung.

2.

Die Herausbildung einer zivilgesellschaftlichen Demokratie ist einer der wichtigsten politisch-sozialen Trends nach 1945, besonders seit den 1970er Jahren. Die „erste Demokratie“ der Institutionen, Wahlen und Parlamente (in der Bundesrepublik: die des Grundgesetzes von 1949) wurde ergänzt durch eine „zweite Demokratie“ des Protests, des *grass roots*-Engagements, der informellen Bewegungen. Darüber gab es Streit und Konflikte, aber die fundamentale Bedeutung dieser „partizipatorischen Demokratie“ ist inzwischen unbestritten.

3.

Der Protestantismus hat diese Entwicklung zugleich mitvollzogen und wesentlich befördert. Nach 1945 musste er, aus obrigkeitstaatlichen und demokratieskeptischen Wurzeln, zunächst die „erste Demokratie“ akzeptieren lernen. Bald darauf wurde er zum Pionier und Bündnispartner der „zweiten“. Wichtige Stränge der Neuen Sozialen Bewegungen sind ohne religiöse Motivation und ohne kirchliche (auch katholische) Milieus schwer vorstellbar: die Dritte-Welt-Bewegung, die Umwelt-, die Friedensbewegung, auch die Bürgerrechts- und Demokratiebewegung der DDR.

4.

Im internationalen Vergleich ist diese religiös-kirchliche, vor allem auch protestantische Prägung der „zweiten Demokratie“ in Deutschland fast einzigartig. Ein Grund dafür ist die andauernde Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Die Bearbeitung von Schuld und Verantwortung hat zu einer besonderen starken Ethisierung zivilgesellschaftlicher *issues* in der Bundesrepublik beigetragen, die wiederum eine hohe Affinität zu protestantischen Vorstellungen aufwies (Schuld, Verantwortung, Gewissen, Individuum, Aktivismus, etc.). Zugleich wurde

„Zivilgesellschaft“ hochgradig normativ aufgeladen, als die „gute Seite“ von Gesellschaft und Politik.

5.

Deshalb ist die Irritation über die „schmutzige Seite der Zivilgesellschaft“ (Geiges / Marg / Walter 2015) groß, aber auch gut erklärbar. Es wäre zu einfach, sich von vornherein auf einen normativen Begriff von zivilgesellschaftlicher Demokratie festzulegen, der Populismus, kurzsichtiges Eigeninteresse, Ressentiment und Gewalt ausschließt. Wer legt die Kriterien des „guten“ Aktivismus fest? Ist Zivilgesellschaft überhaupt als ethisches Projekt einer friedfertig-nachhaltig-inklusive Utopie zu definieren? Was ist mit „linken“ Grenzüberschreitungen zu Populismus, Exklusion und Gewalt?

6.

Im längeren historischen Rückblick treten solche Unschärfen und „schmutzigen Seiten“ schon früher hervor, und stellen auch die Gleichsetzung von christlichem mit „gutem“ Engagement in Frage. Der amerikanische Populismus des späten 19. Jahrhunderts war demokratisch und voller Ressentiments zugleich; er war Sackgasse der Antimodernität *und* erneuernde Partizipationsbewegung. – In den 1920er und 1930er Jahren richtete sich bürgerlicher (und christlicher) „Aktivismus“ in Deutschland, protestierend, ausgrenzend und gewaltsam, gegen Juden; die Volksgemeinschaft konstituierte sich aus „Selbstermächtigung“ an der Basis (Michael Wildt). – In den USA zieht sich eine tiefe Spur protestantischen Populismus und Rassismus, auch mit Formen extremer Gewalt, durch das 20. Jahrhundert, vom „Ku Klux Klan“ bis zu „Tea Party“ und religiöser Rechter unserer Tage.

7.

Vor diesem Hintergrund erscheint der neue deutsche Populismus, einschließlich seiner fremdenfeindlichen Tendenzen, eher wie eine Wiederkehr älterer Phänomene, und wie ein Einschwenken auf europäisch-westliche Normalität. (Das heißt nicht, dass er nicht gefährlich, abzulehnen, zu bekämpfen ist.) Er spiegelt aber auch Veränderungen, die sich in den letzten Jahrzehnten, nach dem Höhepunkt der Neuen Sozialen Bewegungen, in Gesellschaft, Politik und Kultur vollzogen haben. Darauf muss Religion reagieren, wo sie nicht ohnehin Teil dieser Veränderungen ist.

8.

Protest, Populismus, teils auch Formen der Gewalt spiegeln einen Wandel der gesellschaftlichen Grundlagen von Demokratie wider. Milieus haben sich aufgelöst, verbandsförmige Organisationen sind geschrumpft. (Die Kirchen halten sich in diesem Prozess beachtlich.) Die früheren Verstreungen von der Basis in die politischen Eliten („mein Abgeordneter“) haben sich gelockert. Regierung und Eliten werden nicht mehr als Repräsentanten, sondern als potentiell

feindliches Gegenüber verstanden; das Volk misstraut der „Obrigkeit“, deren komplizierte Handlungslogiken nicht mehr akzeptiert werden.

9.

Gleichzeitig haben sich Kulturen der sozialen Bewegungen und des Protests verändert. Der „ethische“ Protest der 1970er und 80er Jahre hat seinen Höhepunkt überschritten. Neben das Prinzip der „advocacy“, also des anwaltlichen Eintretens für (schwächere, benachteiligte) Dritte, und das Prinzip der kollektiven Emanzipation (z.B. Frauen) ist wieder stärker der Protest aus Eigeninteresse und individueller Betroffenheit getreten, auch wenn er sich mit Gemeinwohlmotiven mischt oder in deren Gewand auftritt (z.B. „Stuttgart 21“). Entsprechend spielen religiöse Motive eine geringere Rolle; und umgekehrt: Die Kirchen müssen ein Verhältnis zu diesen Formen des Protests (auch wenn sie nicht fremdenfeindlich, gewaltbereit, etc.) sind, erst noch finden.

10.

Auch der Wandel von Kommunikationsmedien und Kommunikationskulturen beeinflusst die neuen Formen des Protests und kann als Katalysator von Entfremdung und Hass dienen. Die digitalen und „sozialen“ Medien wirken gegen etablierte Hierarchien, insofern demokratisierend und „öffnend“, unterstützen aber auch einen anti-elitären und populistischen Trend. Die klassischen Medien werden dabei zur Projektionsfläche eines subjektiven Nicht-mehr-Verstehens der Welt („Lügenpresse“), gegen die sich authentischer Protest richten müsse.

11.

In diesem Zusammenhang erhalten Verschwörungstheorien neuen Zulauf; verschwörungstheoretische Denkmuster haben sich auch jenseits exzentrischer Zirkel ausgebreitet und verbinden sich mit dem neuen Populismus. Es gibt aber auch ein kompliziertes (und ambivalentes) Verhältnis von Verschwörungstheorie und Religion. Einerseits sind Verschwörungstheorien Religionsersatz oder Pseudo-Religion (und insofern ein Nebenprodukt der Säkularisierung). Andererseits sind solche Weltdeutungen nicht selten in religiöse Kontexte eingebettet, nicht nur im islamischen, sondern auch im christlichen Fundamentalismus (zum Beispiel in den USA).

12.

Hinter vielen dieser Phänomene wird ein gemeinsamer Nenner deutlich: die Überforderung durch Komplexität, Vielfalt und Beschleunigung der Moderne. Wer zu Populismus, Ressentiment, Gewalt neigt, ist nicht unbedingt im objektiven oder materiellen Sinne „Modernisierungsverlierer“. Aber subjektiv und kulturell artikuliert sich überwiegend ein Protest derjenigen, die sich vom Mainstream sehr dynamischer Veränderungsprozesse der letzten Jahrzehnte – von der Globalisierung bis zur ethnischen Heterogenität durch Migration – überfordert und abgekoppelt

fühlen. Darin drückt sich eine gefährliche Spaltung der Gesellschaft aus. Zugleich sind das die Schattenseiten einer Zivilgesellschaft, die sich zu einseitig auf die erfolgreiche, gebildete und liberalitätsbereite Mittelklasse gestützt hat.

13.

Auch der Ort von Religion lässt sich in diesem Spannungsfeld von Irritation und Überforderung deuten. Religion und Glaubensüberzeugungen vermitteln Sicherheit und werden zum Medium des Ausdrucks von Überforderung; anders gesagt: sie versuchen eine verloren gegangene Einheitlichkeit der Welt wiederherzustellen (egal ob der Islam gegen den Westen, oder das christliche Abendland gegen den Islam als einheitsstiftende Kraft beschworen wird.) Als Folge davon erfolgen vermehrte Schuldzuweisungen an „Religion“ als Quelle von Intoleranz, Hass und Gewalt. Die religionslose Welt (oder auch: die Welt ohne monotheistische Offenbarungsreligionen) wird als die bessere und friedlichere Welt vorgestellt.

14.

Was sind Konsequenzen und Antwortmöglichkeiten, besonders aus evangelischer Sicht? Die Demokratie- und Institutionenkritik des neuen Populismus fordert zu einer entschiedenen Verteidigung der demokratischen „Obrigkeit“ heraus – eine eigentümliche Situation für eine Kirche, die historisch gerade gelernt hatte, im Zweifelsfall auf der Seite der Bewegungen gegen die Obrigkeit zu stehen. Es gilt, sich nicht mit dem Staat, den Regierenden, den Eliten gemein zu machen, aber auch nicht mit weit verbreiteten Formen der Kritik an diesen.

15.

Gegen das verschwörungstheoretische Syndrom, egal ob es als Pseudoreligion oder christlich verbrämt daher kommt, gilt es die Vernunftpotentiale von Religion, im Sinne eines rationalen Protestantismus, zu stärken. Religion schützt vor Aberglaube und Hokusfokus. Evangelischer Glaube und evangelische Sozialethik sind mit verschwörungstheoretischen Untergangsszenarien schwer vereinbar. Aus Heilstrauen kommt Weltvertrauen und Arbeiten an der Welt.

16.

Überforderung *der* Religion im Fundamentalismus, Überforderung *durch* Religion im Säkularismus: Gegen beides gilt es die Normalität von Religion zu betonen. Religion zivilisiert, und muss sich selber dem Anspruch der Zivilisierung stellen (Rolf Schieder). Sie ist selbstverständlicher Teil der Welt und ihrer öffentlichen Sphären, aber taugt nicht zur Überwältigung der Welt.